

Glaube und Leben

Kirchenzeitung für das Bistum Mainz

„Was hat er gesagt?“

In der Gemeinde Schwerhörigen helfen

► WERKSTATT SEITE 6



Wagnis Vergebung

Moraltheologin beantwortet Fragen zum Thema Schuld

► BLICKPUNKT REGIONAL SEITE 13

Gemüse aus der Heimat

Landschaftsarchitektin legt interkulturellen Garten an

► BISTUM SEITE 9



10. April 2016 Nr. 15 72. Jahrgang 2 Euro

www.kirchenzeitung.de

Glaube und Leben • Postfach 2049 • 55010 Mainz

DIE WOCHE

Fotos mit Kardinal Lehmann gesucht

In gut einem Monat, am 16. Mai, wird Kardinal Karl Lehmann 80 Jahre alt. Als Leseraktion zum runden Geburtstag unseres Bischofs sucht die Kirchenzeitung unter dem Motto „Der Kardinal und ich“ Fotos, die Sie, liebe Leserinnen und Leser, mit dem Kardinal zeigen. In einer Sonderausgabe zum Geburtstag von Kardinal Lehmann sollen die Bilder veröffentlicht werden. Die „Selfies“ können sie digital per E-Mail an info@kirchenzeitung.de oder auch per Post an die Redaktion an folgende Adresse schicken: Redaktion „Glaube und Leben“, Liebfrauenplatz 10, 55116 Mainz.

„Woche für das Leben“ startet in Mainz



Mainz (mbn). Am Samstag, 9. April, findet die bundesweite Eröffnung der „Woche für das Leben“ in Mainz statt. Die Aktion steht in diesem Jahr unter dem Leitwort „Alter in Würde“. Der Tag beginnt um 11 Uhr mit einem ökumenischen Gottesdienst

im Mainzer Dom mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Kardinal Reinhard Marx, und dem Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm (beide München). Auch Kardinal Karl Lehmann und die stellvertretende Kirchenpräsidentin der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Ulrike Scherf, wirken im Gottesdienst mit. Die „Woche für das Leben“ besteht seit 25 Jahren. Sie geht auf eine Initiative der DBK und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) zurück. 1994 schloss sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland der Aktion an. ► SEITE 7

Schlussdokument der Synode erscheint

Vatikanstadt (kna). Das offizielle Schlussdokument der Weltbischofssynode zur Familie erscheint am 8. April, nach Redaktionsschluss dieser Zeitung. Das Schreiben, das die Ergebnisse der Synoden vom Oktober 2014 und 2015 zusammenfasst, trägt den Titel „Amoris laetitia“ („Freude der Liebe“). Präsentiert wird der Text vom Generalsekretär der Synode, Kardinal Lorenzo Baldisseri, und dem Wiener Kardinal Christoph Schönborn.

Fremdenfeindliche Stimmung in Sachsen

Leipzig (kna). Dem Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung macht die Fremdenfeindlichkeit zu schaffen. „Ich halte die Stimmung im Land Sachsen kaum noch aus – und das betrifft auch meine Stadt“, sagte er in einem Interview mit einer Website des Katholikentags. „Wären da nicht die vielen optimistischen Menschen, all die ehrenamtlichen Helfer, dann könnte man fast verzweifeln“, sagte er.



Foto: imago

ZITIERT

„Als Christ bin ich vorbereitet – und weiß, wovon ich rede.“

Der am Freitag verstorbene Hans-Dietrich Genscher in einem Zeitungsinterview 2010 über die Angst vor dem Tod

FUNDSTÜCK

Ein Fiat zum Preis eines Porsches

Für 300 000 US-Dollar (rund 265 000 Euro) ist der Fiat, den Papst Franziskus bei seinem New-York-Besuch im vergangenen Jahr nutzte, versteigert worden. Stolz Besitzer des Autos mit Alufelgen, Glasdach und Premium-Stereoanlage soll ein kanadischer Unternehmer sein. Der Erlös der Auktion gehen an die katholische Schule und Hilfsorganisationen des Erzbistums New York. (kna)



„Flüchtlinge, willkommen in Europa“ ist auf die Straße geschrieben. Oder lieber die Grenzen schließen? Am vergangenen Sonntag kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten am Brenner in Österreich. Foto: imago

Länder schachern um Zahlen

Europa tut sich weiter schwer bei der Frage, wie es mit Flüchtlingen umgehen soll

Von Kerstin Ostendorf

Eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge: 90 Staaten diskutierten darüber in Genf – die Ergebnisse sind ernüchternd. Doch die Menschen dürfen nicht vergessen werden.

480 000 Menschen – das war die Zahl, über die 90 Staaten auf der Genfer Syrienkonferenz in der vergangenen Woche diskutierten. 480 000 Menschen sind zehn Prozent der Menschen, die aus Syrien geflohen sind und nun in Flüchtlingslagern in Jordanien, Ägypten, im Irak und im Libanon ausharren. Für sie sollte eine Lösung gefunden werden, sie sollten nicht auf illegalem Weg Richtung Europa reisen müssen.

Das Ziel der Konferenz hatte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon klar

festgelegt: neben Umsiedlungen, könnten Aufnahmen zur medizinischen Behandlung, Familienzusammenführungen oder Stipendien für Studium und Ausbildung den Menschen eine legale Einreise ermöglichen. Und er war optimistisch: „Unser Treffen kann den Ton für den Rest des Jahres angeben“, sagte er mit Blick auf weitere Gipfel etwa in Istanbul. Doch die Ergebnisse sind ernüchternd: Nur weitere 7000 Menschen dürfen ausreisen. Insgesamt gibt es eine Zusage für 185 000 Menschen, die langfristig von anderen Ländern aufgenommen werden sollen.

In den letzten Monaten konnte der Eindruck entstehen, es seien vor allem Osteuropäer, die ihre Hilfe verweigern. Doch so einfach ist es nicht: Die Entwicklungsorganisation Oxfam zeigt in einer Analyse, dass etwa Frankreich, die Niederlande, die USA, Dänemark

und Großbritannien mit vier bis 22 Prozent der erfüllten Quote weit hinter ihren vereinbarten Kontingenten zurückbleiben. Nur Deutschland, Norwegen, Australien und Kanada übertreffen ihren Anteil.

Erzbischof Ludwig Schick reiste nach Syrien

„Ich finde, so groß ist der Unterschied zwischen Ost und West gar nicht“, sagt auch die Osteuropa-Historikerin Nada Boškovska. „Auch viele westeuropäische Staaten schachern um Zahlen und wollen möglichst wenige Flüchtlinge aufnehmen. Sie sehen die Notwendigkeit ein, schieben sich aber gegenseitig den schwarzen Peter zu.“

Erzbischof Ludwig Schick reiste in der vergangenen Woche nach Syrien, Jordanien, in den Nordirak

und in den Libanon. Der Vorsitzende der Kommission für Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz besuchte auch Damaskus und erlebte ein Land im Bürgerkrieg: Checkpoints, Straßensperren, Sperrgebiete, zerstörte Häuser. „Ein Junge erzählte, wie er mit Freunden Basketball gespielt hat – und plötzlich kam eine Rakete, die zwei seiner Freunde getötet hat. Er selbst ist noch mit dem Leben davongekommen. Das ist erschütternd“, sagt Schick.

Er hofft trotz der Genfer Ergebnisse auf einen politischen Kompromiss: „Gefordert ist zunächst ein dauerhafter Waffenstillstand und dann ein guter Wiederaufbau. Langfristig braucht es danach viele Initiativen, damit die unterschiedlichen Gruppen wieder gut miteinander leben können. Als Christen wollen wir dazu gerne beitragen.“ ► SEITEN 2 UND 3

Chance für Rückkehrer nach Albanien

Caritas will freiwillig zurückgekehrte junge Flüchtlinge fördern / Klärungsstelle in Gießen geplant

Gießen (pm). Die Caritas will jungen albanischen Flüchtlingen eine Zukunftsperspektive in ihrer Heimat eröffnen. In der albanischen Hauptstadt Tirana will das Hilfswerk eine Jugendhilfeeinrichtung mit angegliederter Schule unterstützen. Geplant ist zudem, eine zentrale Klärungsstelle in Gießen einzurichten, in der albanische Jugendliche künftig über das Rückführungsprojekt informiert werden.

Freiwillig nach Albanien zurückgekehrte Jugendliche können in der Jugendhilfeeinrichtung in Tirana wohnen und eine Schule der Ordensgemeinschaft Don Bosco besuchen. Die Caritas vor Ort will sie dort bis zu ihrem Schulabschluss begleiten.

Dieses Rückführungsprojekt ist das Ergebnis eines Gesprächs zwischen dem albanischen Carit



Besuch in Jugendhilfeeinrichtung St. Stephanus: Der albanische Caritaspräsident Albert Nicolla (2. von rechts) trifft Flüchtlinge. Foto: Uli Dorweiler

taspräsidenten Dr. Albert Nicolla, dem Gießener Caritasdirektor Joachim Tschakert, Diözesancaritasdirektor Thomas Domnick und der Gießener Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich. Nicolla besuchte in dieser Woche, auf Einladung des Caritasverbands für die Diözese Mainz, junge albanische

Flüchtlinge in der Gießener Jugendhilfeeinrichtung St. Stephanus und der Hessischen Erstaufnahmestelle in Gießen.

Angesichts der hohen Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus Albanien hatte Caritasdirektor Tschakert bereits im vergangenen Sommer die Idee

zu diesem Rückführungsprojekt. Es folgten Gespräche mit Caritas International und dem albanischen Botschafter, der die Idee unterstützte.

Das Projekt soll in Kooperation von Caritas Albanien, dem Caritasverband Gießen, der Stadt Gießen und dem Caritasverband für die Diözese Mainz durchgeführt werden. Zunächst sollen fünf Jugendliche unter diesen Bedingungen zurückkehren. „Es geht uns nicht um Zahlen, sondern darum, Fluchtursachen zu bekämpfen und den Menschen eine Perspektive im eigenen Land aufzuzeigen.“ Bildung und Ausbildung seien entscheidende Faktoren, sagte Domnick. Derzeit stehen noch Gespräche zur Finanzierung und zu geeigneten Räumen an. Geplanter Start des Projekts ist Herbst 2016.